

Internationaler Aktionstag 19.3.2005

Redebeitrag Paul Kleiser auf dem Marienplatz in München

München, 19.3.05

Nein zur EU-Verfassung

Auf dem Gipfel der Regierungschefs der EU im belgischen Laeken im Dezember 2001 wurde die „Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union“ angenommen. Die Zielvorstellung lautete nun: die Union müsse „demokratischer, transparenter und effizienter werden“. Damit wollte man auf die zunehmende Kritik aus der Bevölkerung vieler Länder am bürokratischen Handeln der EU reagieren. „Um den Erwartungen der Bürger zu entsprechen“, müsse sich die Union nach Meinung der Staatschefs daher eine Verfassung geben, die selbstredend ein Ausbund an Demokratie zu sein habe. Das Ergebnis der ach so demokratischen Bemühungen der Politiker liegt nun seit fast zwei Jahren auf dem Tisch.

Der Europäische Konvent hat unter Vorsitz des französischen ex-Präsidenten Giscard d'Estaing und des früheren Ministerpräsidenten Amato und Dehaene ein Konvolut von 350 Druckseiten ausgearbeitet, das seit Mitte des Jahres 2003 erhältlich ist und nach einer Überarbeitung vom EU-Rat auf der Konferenz von Thessaloniki angenommen wurde. In der Erklärung heißt es neuerlich, der Verfassungsentwurf sei eine „historische Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele der europäischen Integration“, man wolle die Union „an ihre Bürger annähern, den demokratischen Charakter unserer Union verstärken, unsere Union stärker befähigen, als geschlossene und geeinte Kraft auf der internationalen Szene aufzutreten und die Herausforderungen der Globalisierung wirksam anzunehmen“ (laut Broschüre „Eine Verfassung für Europa.“). Zunächst sollte man sich als Bürger/in fragen, wie eine von 115 Menschen erarbeitete sog. Verfassung zu einer Demokratisierung der Union führen soll. Denn diese Leute sind nicht durch freie Wahlen zu einem europäischen Konvent dorthin entsandt worden, machen sich aber anheischig, für die BürgerInnen Europas zu sprechen, ja schwingen sich sogar zu ihren selbsternannten „Wohltätern“ auf. Und hierzulande ist noch nicht einmal eine Volksabstimmung vorgesehen, wiewohl die EU-Verfassung einen erheblichen Transfer von Souveränitätsrechten an einen supranationalen Protostaat mit sich bringen wird. Die sog. europäische Verfassung baut die Demokratiedefizite der Union keineswegs ab, sondern vergrößert sie enorm.

Noch viel schlimmer ist jedoch die Tatsache, dass die sog. Verfassung die „einheitliche europäische Akte“ sowie die Vertragswerke von Maastricht und Amsterdam, die bereits von der Ideologie des Neoliberalismus durchtränkt waren, ablösen soll:

Nun soll die Logik des alles totalitär durchdringenden Marktes sogar Verfassungsrang bekommen!

Daher braucht es nicht zu verwundern, dass sich mehr als zwei Drittel des Textes des Verfassungsentwurfs mit Grundlagen und Bestimmungen der Wirtschaftsverfassung abgeben.

Bereits im ersten Abschnitt bei den Zielen der Union wird der „Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem (!) Wettbewerb“ (I-3,2) als oberster Götze präsentiert (Nicht zufällig ist diese Formulierung im Text an zahlreichen Stellen zu finden!). Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (besser: Solidarität) gelten als verstaubte Ideale von vorgestern: Die Entwicklung Europas soll nun auf der Grundlage der vier großen Freiheiten, des „freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalsverkehr(s)“ erfolgen. Die Freiheiten der Menschen werden also wesentlich durch die Freiheiten des Kapitals bestimmt. Nationale Vorbehalte werden durch den Vorrang des „Unionsrechtes vor dem Recht der Mitgliedsstaaten“ (I-10,1) beseitigt. Es klingt nachgerade wie Hohn, wenn dann im Abschnitt „demokratisches Leben“ gesagt wird, „die Organe der Union pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ (I-46,2). Bisher hat dieser Dialog vor allem mit dem in Brüssel äußerst einflussreichen Lobbyverband „Europäischer Runder Tisch der Industriellen (ERT)“ stattgefunden, von dem auch zahlreiche Blaupausen für europäische Gesetze und Verordnungen stammen. Denn die „unternehmerische Freiheit wird nach dem Unionsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten (!) anerkannt“ (II-16). Hingegen hat ein normalsterblicher Mensch kein Recht auf Arbeit (wo kämen wir denn da hin?), sondern nur „das Recht, zu arbeiten“ (II-15), sofern er/sie im Wettkampf um die knappen Arbeitsplätze überhaupt obsiegt.

Sollte der Staat, etwa infolge von Arbeitskämpfen, gezwungen sein, Maßnahmen zugunsten des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu ergreifen, dann sind dies laut EU „Ausnahmeregelungen“, die nur „vorübergehender Art“ sein und „das Funktionieren des Binnenmarkts so wenig wie möglich stören“ dürfen. (III-15) Auch „Beschränkungen des Kapital- und des Zahlungsverkehrs“ (etwa wenn Herr Zwick oder „Müller-Milch“ sein Vermögen vor dem Zugriff des deutschen Fiskus in die Schweiz schafft) sind verboten. (III-45)

Selbst eine Subvention zur Förderung (im Text „Beihilfen“ genannt) der „Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes“ ist nur gestattet, „soweit sie die Handels- und Wettbewerbsbedingungen in der Union nicht in einem Maß beeinträchtigen, das dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft“. (III-56,3)

Die Wirtschafts- und Währungspolitik orientiert sich gemäß der neoliberalen und monetaristischen Doktrin an „folgenden richtungweisenden Grundsätze(n): stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz“. (III-69,3)

Wir treten der hier durchscheinenden Ideologie, die behauptet, wenn es den Unternehmern gut geht, dann gehe es auch den Menschen gut, entschieden entgegen. Wir treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die sich die Bedürfnisse der großen Mehrheit der arbeitenden bzw. erwerbslosen Bevölkerung zur Richtschnur macht:

- a.. Gegen die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Wasserversorgung oder Verkehrsbetriebe!
- b.. Gegen Sozialdumping und Abbau der sozialen Sicherungssysteme!
- c.. Für die Umverteilung der Arbeit und eine existenzsichernde Grundsicherung für alle Bürger und Bürgerinnen!
- d.. Weg mit dem neoliberalen und militaristischen Machwerk, das sich EU-Verfassung nennt!